

Handout

Robert J. Barro (2000): Rule of Law, Democracy and Economic Performance.

http://www.heritage.org/research/features/index/ChapterPDFs/2000_Chapter_2.pdf. S. 31-49.

Einleitung

Die wichtigsten Determinanten zur Erklärung von Unterschieden in wirtschaftlichen Wachstum und Investitionen sind Unterschiede in Institutionen. So liegt der Schluss nahe, dass Reformen, die Institutionen verbessern, zu besserer Wirtschaftsleistung und damit Wohlstand führen. Oft werden zwei Institutionen genannt: Demokratie, die Barro in Form von Bürgerrechten und Wahlrechten misst, und die rechtlichen Strukturen, die er mit Eigentumsrechten und dem Rechtsstaat operationalisiert. Er untersucht diese beiden Determinanten und versucht deren Effekte auf das Wirtschaftswachstum zu isolieren.

Theorie

Auf theoretischer Ebene sind die Effekte von Eigentumsrechten und Rechtsstaatlichkeit auf das Wirtschaftswachstum nach Barro einfach zu erklären. Menschen stellen ihr Eigeninteresse über das der anderen und arbeiten nur dann hart, wenn sie die Früchte ihrer Arbeit auch geniessen können. Das setzt voraus, dass die Eigentümer, die ich mir erwirtschaftete, staatlich geschützt sind. Ausserdem müssen Verträge, die ich mit anderen schliesse, vor einer anerkannten Instanz gültig sein und vor dieser eingefordert werden können. Staatliches Handeln kann aber auch negative Effekte aufweisen. Wenn der Staat zu hohe Steuern erhebt oder zu strikte Regulationen erlässt, fällt meine Wirtschaftskraft, weil ich höhere Kosten und Umtriebe habe.

Bei der Demokratie sind die Linien nicht so klar. Einerseits hat eine Erhöhung der Wahlrechte zur Folge, dass der Druck zugunsten von Umverteilung zunimmt und dadurch Landreformen oder der Ausbau des Wohlfahrtsstaates vorgenommen werden. Das vermindert aber die Eigentumsrechte, wodurch Investitionen abnehmen. Dazu verringert der Wohlfahrtsstaat die Arbeitsmotivation und finanziert sich durch höhere Steuern, was beides dem Wirtschaftswachstum schadet. Auf der anderen Seite nehmen soziale Reibungen durch Wahl- und Bürgerrechte (zum Beispiel auch indirekt über den Wohlfahrtsstaat) ab, wodurch es weniger Kriminalität, Demonstrationen und Revolutionen gibt, was wiederum die Arbeitsmotivation und Investitionen hebt. Im Idealfall sollte ein demokratischer Staat nur in diesen Bereichen Umverteilung generieren, die dem Wirtschaftsoutput dienen.

Operationalisierung

Um Demokratie zu messen, benutzt Barro Daten des Freedom House, die heute 138 Länder umfassen und im Zeitraum von 1960 bis 1999 vorhanden sind. Wahlrechte werden folgendermassen definiert: „Political rights are rights to participate meaningfully in the political process. In a democracy this means the right of all adults to vote and compete for public office, and for elected representatives to have a decisive vote on public policies.“ (S. 33). Dazu kommen auch noch die Möglichkeiten der Einflussnahme von Minderheitenparteien. Die Skala geht von 0 (geringe Rechte) bis 1 (viele Rechte). Fast alle OECD-Staaten haben eine 1 und viele Diktaturen haben eine 0. Allgemein kann man sagen, dass nach einem starken Abfall von 0.66 auf 0.44 in den 60er Jahren die Wahlrechte seit den 70er Jahren wieder stetig zugenommen haben. Der Einbruch in den 60ern lässt sich zweierlei erklären. Einerseits sind 1960 erst 99 Länder im Datensatz. Die ausschlaggebende Reduktion ist aber auf die Entkolonialisierung Afrikas zurückzuführen. Viele Staaten sind dort mit demokratischen Strukturen gestartet, haben sich dann aber schnell zu Diktaturen entwickelt. Die Bürgerrechte betrachtet Barro nicht weiter in seinen Berechnungen, weil dieser Index stark mit dem der Wahlrechte korreliert.

Daten für die rechtlichen Strukturen hat Barro von Consulting Firmen. Die Daten reichen von 1980 bis 1999 und umfassen zum letzten Zeitpunkt 114 Länder. In diesem Index sind „the prevalence of law and

order, the capacity of the legal system to enforce contracts, the efficiency of the bureaucracy, the likelihood of government expropriation, and the extent of official corruption“ (S. 35) zusammengefasst. Auch hier reicht der Wertebereich von 0 (niedrige Rechtsstaatlichkeit) bis 1 (hohe Rechtsstaatlichkeit). Die OECD-Länder haben fast alle den Wert 1, 1999 haben aber keine Länder den Wert 0. Allgemein kann man hier sagen, dass Rechtsstaatlichkeit Anfang der 90er Jahre eine starke Expansion erfahren hat und ab Mitte des Jahrzehnts leicht zurückgeht.

Effekte auf das Wirtschaftswachstum

Um Effekte auf das Wirtschaftswachstum ausfindig zu machen, vergleicht Barro das pro Kopf Bruttoinlandprodukt (pK-BIP) in Zehnjahresschritten, wobei er untersucht, ob Differenzen des pK-BIP in einem Land auf einen Anstieg in einem der beiden Indizes zurückzuführen sind¹. Barro stellt fest, dass arme Länder ungefähr dieselbe Wachstumsrate aufweisen, wie reiche Länder, nur eben mit einem niedrigeren Anfangs-pK-BIP. Wenn man aber erklärende Variablen konstant hält, dann sinkt die Wachstumsrate mit höherem pK-BIP.

Des Weiteren untersucht Barro die Effekte der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit auf die Wachstumsrate getrennt. Hierbei stellt er fest, je umfangreicher die rechtlichen Strukturen in einem Staat verbessert werden, desto mehr profitiert das Wirtschaftswachstum². Wenn ein Land im Index von 0 auf 1 geht, dann beträgt die zusätzliche Wachstumsrate durchschnittlich 3%. Allerdings kann das nur auf Länder angewendet werden, die ihren Rechtsstaat erst ausbilden, denn voll ausgebildete rechtliche Strukturen können nur marginal verbessert werden.

Der Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum ist nur marginal signifikant. Das liegt daran, dass es sowohl Demokratien als auch Diktaturen hat, die ein starkes wie auch ein schwaches Wachstum haben. Es lässt sich aber erkennen, dass mit zunehmenden Wahlrechten bis 0.5 das Wachstum leicht steigt und danach bis 1 wieder etwas sinkt. Wenn Demokratien also die Wahlrechte zu breit ausweiten, dann sinkt die Wachstumsrate wieder, weil erhöhte Umverteilung und soziale Programme Investitionen bremsen.

Determinanten des Rechtsstaats und der Wahlrechte

Welche Variablen haben nun einen Effekt auf die beiden Indizes? Bei beiden ist das pK-BIP und die Anzahl Jahre der primären Bildung positiv. Das heisst, dass ein erhöhter Wohlstand und gute Grundschulbildung die Wählerrechte und die rechtlichen Strukturen verbessern. Umgekehrt mindert eine hohe Einkommensungleichheit die Wahlrechte und besonders die Rechtsstaatlichkeit. Zwischen den beiden Indizes stechen zwei Unterschiede heraus. Ein Staat baut langsamer funktionierende rechtliche Strukturen auf, wenn er eine Kolonie war. Und der Demokratisierungsindex ist niedriger, wenn der Wohlstand hauptsächlich auf natürlichen Ressourcen basiert als auf Human- und ökonomischen Kapital.

Eine weitere wichtige Beobachtung ist, dass die beiden Indizes keinen signifikanten Effekt aufeinander haben, also höhere Wählerrechte gehen nicht mit besser ausgebauten rechtlichen Strukturen einher und vice versa. Allerdings lässt sich ein indirekter Effekt über das pK-BIP und die Grundschulbildung erkennen.

Fazit

Der wichtigste Befund ist, dass Demokratie kaum einen Effekt auf die wirtschaftliche Leistung eines Landes hat. Ein positiver Effekt ist hauptsächlich im Ausbau der rechtlichen Strukturen zu erkennen. Arme Länder sollten also ihren Rechtsstaat, ihre Eigentumsrechte und einen freien Markt ausbauen um ihre Wirtschaft anzukurbeln. Eine verbesserte Wirtschaftsleistung zieht in den meisten Fällen dann auch Verbesserungen in den demokratischen Institutionen nach sich.

1 Hier beträgt sein Sample 100 Länder von 1960 bis 1995.

2 Statistisch signifikant.